

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative
unterschreiben!

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP.Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Seite 12

FDP Frauen lancieren Initiative

Im Februar 2021 lancieren die FDP Frauen eine Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher erklärt im Interview, weshalb es die Initiative braucht.

Seite 14

Karin Keller-Sutter im Interview

Die Justizministerin sagt, weshalb der Bundesrat die UVI ablehnt und was für den Gegenvorschlag spricht. Für sie ist klar: «Der Gegenvorschlag basiert auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie eine Strafbestimmung.»

Seiten 16 und 17

Digitale DV in Luzern



Petra Gössi freut sich über das Ja zum CO₂-Gesetz.

Seiten 18 und 19

2020: Ein Jahr mit neuen Herausforderungen

Editorial von Hans-Jakob Boesch

Ein in vielerlei Hinsicht ereignisreiches und intensives Jahr neigt sich bald dem Ende zu. Wir wissen noch nicht, was das Jahr 2021 für uns alle bereithält, aber eines ist sicher: Wir als FDP werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Gesundheit geschützt und die Arbeitsplätze und somit unser Wohlstand erhalten bleiben. Ein entsprechendes Vorstosspaket hat die Kantonsratsfraktion bereits letzten August eingereicht. Damit sollen die Corona-Massnahmen für Unternehmen und Kundinnen und Kunden dort zurückgenommen werden, wo es aus Sicht des Gesundheitsschutzes vertretbar ist, und bürokratische Einschränkungen sollen insgesamt gelockert werden. Oberstes Ziel muss sein, dass wir in den kommenden Monaten für Unternehmen die besten Voraussetzungen schaffen, damit sie trotz Krise Arbeitsplätze erhalten oder sogar weitere schaffen können.

Budgetdisziplin steht erst recht an oberster Stelle

Dank unserer nachhaltigen Finanzpolitik konnte der Staat in den letzten Monaten sehr effizient Gelder sprechen und somit die Unternehmen unbürokratisch und wirkungsvoll unterstützen, so dass viele Arbeitsplätze erhalten bleiben konnten. Damit der Kanton Zürich die Flexibilität für eine Unter-



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

stützung in diesem Rahmen beibehalten kann, wird unsere Budgetdisziplin in der Zukunft noch wichtiger werden. Denn für das Jahr 2021 sieht es weniger rosig aus. Der Entwurf der Zürcher Regierung

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–7 Zürcher Freisinn
- 8/9 Umfrage mit vielen Feedbacks
- 10 Das neue CO₂-Gesetz auf einen Blick
- 11 Fünf Stimmen für eine liberale Umweltpolitik
- 12 Sammeltag für die Renteninitiative
- 13 Liberales Forum Meilen im Januar
- 14 FDP Frauen lancieren Initiative
- 15 KMU engagieren sich gegen die UVI
- 16/17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18/19 Digitale DV in Luzern
- 20 Vorschau auf die Wintersession
- 21 Petra Gössi zum Rahmenabkommen
- 22 Vaterschaftsurlaub als erster Schritt
- 23 Vermischtes



Liebe Freisinnige

Der soziale und politische Austausch ist seit einigen Monaten erschwert. Deshalb war es mir wichtig, Ihre Meinung über eine Umfrage zu erfahren. Rund 16 000 Mitglieder haben an dieser Befragung zur Enkel-Strategie teilgenommen. Sie, liebe Freisinnige, haben damit eindrücklich Ihre Bereitschaft bewiesen, Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Herzlichen Dank!

Ihre Rückmeldungen fliessen nun in unsere umfassende Enkel-Strategie ein, die in den nächsten Monaten erarbeitet wird.

Sichere Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen

Ein zentraler Pfeiler unserer Enkel-Strategie ist die Verantwortung, den kommenden Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Mit dieser Überzeugung haben unsere Delegierten bereits letztes Jahr sehr deutlich eine griffige und freisinnige Umweltpolitik gutgeheissen. Seither hat die FDP-Liberale Fraktion diese Beschlüsse im Parlament Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt – so auch bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Dank der FDP konnte im Parlament eine mehrheitsfähige Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden. Die angekündigte Referendumsabstimmung gefährdet aber unser langfristiges Ziel aus dem Positionspapier von 2019: Netto-null-Emissionen bis 2050. Darum gilt es bereits jetzt, die richtige Entscheidung zugunsten unserer Enkel zu fällen.

Nein zu Hochrisikoexperimenten!

Auch bei anderen Brennpunkten braucht es die richtigen Weichenstellungen zugunsten der künftigen Generationen. Am 29. November 2020 stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) und die GSoA-Initiative ab.

Die UVI verfolgt hehre Ziele, doch letztlich richtet sie mit ihren radikalen Forderungen mehr Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz und alle unsere Schweizer Unternehmen an, als dass sie tatsächlich Verbesserungen bei der Einhaltung von Menschenrechten und dem Schutz der Umwelt bringt. Mit einem Nein helfen Sie zielführender, denn der Gegenvorschlag, der bei einem Nein automatisch in Kraft tritt, nimmt die Unternehmen mit geeigneteren Gesetzen in die Verantwortung, ist aber gleichzeitig international abgestimmt und für die Wirtschaft tragbar.

Auch die GSoA-Initiative verfehlt ihr Kernanliegen. Anstatt eine friedlichere Welt zu schaffen, gefährdet sie das Vorsorgevermögen aller Schweizer/-innen durch starre, nicht umsetzbare Regeln für die AHV und die Pensionskassen. Wenn auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch von den gleichen Vorsorgeleistungen profitieren sollen wie die heutigen Generationen, ist diese hochgefährliche Initiative klar abzulehnen. Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihre Petra Gössi
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

FDP Meilen

Öffentlicher Finanzhaushalt

Public Governance – Staat ist mit seinen Bürgern strenger als mit sich selbst – ein Diskussionsbeitrag.

Wenn wir von «der Wirtschaft» sprechen, meinen wir in der Regel die Privatwirtschaft. Diese macht jedoch nur etwa 50 Prozent des BIP aus. Die andere Hälfte ist der Staat, der als grösster Wirtschaftssektor meist ausgeblendet wird, dessen betriebswirtschaftliche Entscheide volkswirtschaftlich jedoch von elementarster Bedeutung sind. Dabei fällt auf, dass in Governance-Fragen der Staat mit seinen Bürgern weit strenger ist als mit sich selbst, dies nach dem alten Sprichwort: «Was für den Esel gilt, gilt für Jupiter noch lange nicht.»

Im Kern ist der Staat eine «ewige gemeinnützige Genossenschaft» (Eidgenossenschaft), die mit den gleichen Governance-Problemen konfrontiert ist wie jede andere Organisation auch. Dabei geht es immer darum, dass die Eigentümer (beim Staat die Bürger) die Führung der Organisation Treuhändern übergeben (im Staat Parlament, Regierung und Verwaltung). Diese geniessen einen Informationsvorsprung, den sie missbrauchen können. Dass grosse Teile dieser Treuhänder im Milizsystem

Laien sind, macht die Sache nicht besser. Umso wichtiger ist es deshalb, dass sich der Staat des gleichen Governance Instrumentariums bedient, welches auch bei grossen gemeinnützigorientierten Organisationen üblich ist. Dies geschieht leider nicht, was nicht im Interesse der Bürger sein dürfte.

Es ist nicht anzunehmen, dass es die Absicht der Bürger ist, die staatliche Rechnung mit einem veralteten System zu führen und dabei weder die Bilanz, noch das Eigenkapital oder das Staatsvermögen zu führen. Es dürfte auch nicht im Interesse des Bürgers sein, dass eine unvollständige staatliche Kostenrechnung dem Staat erlaubt, sich ungehindert auszudehnen und Private zu verdrängen. Es kann nicht gewollt sein, dass die staatliche Aufsicht verzettelt, unterdotiert und nicht unabhängig ist oder die Bürger von ihren Treuhändern keinen Rechenschaftsbericht bekommen, mit welchem gute wie auch schlechte Leistungen transparent gemacht werden. Und wünschen sich die Bürger wirklich eine Organisation, die von einem Gärtchendenken



Dr. Philipp Weckherlin

geprägt ist, die Verantwortung zwischen der strategischen und der operativen Ebene bewusst vermengt? Eine Organisation bei welcher sich ausserdem Milizler zu stark operativ einbringen, was zu Strategiedefiziten führt und die Profis in der Verwaltung demotiviert.

Eine zeitgemässe Governance würde den Staat bürgernäher, produktiver und stressresistenter machen und zudem den Bürgern einen nachweislichen und nachhaltigen Mehrwert generieren.

Dr. Philipp Weckherlin
Erlenbach, Ökonom

Fortsetzung von Seite 1

weist aktuell ein Defizit von 541 Mio. Franken aus. Wir stecken nach wie vor in den tiefroten Zahlen. Geplante Mehrausgaben müssen weiterhin kritisch geprüft werden und für linke Träumereien besteht definitiv kein finanzieller Spielraum. Gleichzeitig muss die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Zürich verbessert werden, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden und das Steuersubstrat erhalten bleibt. Nur so kann das grosse Defizit mittelfristig abgebaut werden. Die aktuelle tiefrote Situation eröffnet definitiv keinen finanziellen Spielraum für Ideen von linker Seite, und eine Steuererhöhung steht für uns auf gar keinen Fall zur Diskussion.

Unternehmensverantwortungsinitiative – schadet dort, wo sie helfen will

Unter anderem steht auf der nationalen politischen Agenda am 29. November die Abstimmungsvorlage zur Unternehmensverantwortungsinitiative. Zwar verfolgt die Vorlage ein wichtiges Anliegen, nämlich die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards. Bei näherem Betrachten ist schnell zu erkennen, dass die Initiative nicht zu Ende gedacht ist, und eine Annahme grosse negative Auswirkungen speziell auf die kleinen und mittleren Unternehmen hätte, ohne den Menschen

in den Entwicklungsländern zu helfen. Mit der Annahme der Initiative geht eine einzigartige Umkehr der Beweislast einher und die Unternehmen wären neu «schuldig», bis sie beweisen könnten, dass sie eine lückenlose Sorgfalt bei sich, ihren Tochtergesellschaften und ihrer gesamten Lieferkette nachweisen könnten. Ein schwer zu stemmender administrativer und letztendlich finanzieller Aufwand für betroffene Unternehmen. Damit sähen sich Unternehmen gezwungen, ihre geschäftlichen Aktivitäten in Entwicklungsländern abzubauen. Verlierer sind damit nicht nur die Schweizer Unternehmen, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern – eine Entwicklung in die komplett falsche Richtung. Für mich ist daher klar, dass ich am 29. November ein Nein in die Urne legen werde.

Für dieses Jahr ist dies schon wieder die letzte Ausgabe des «Zürcher Freisinns». Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihr Vertrauen, Ihre Unterstützung und Ihr grosses Engagement. Ich freue mich, auch im kommenden Jahr, in welchem wir uns bereits wieder für die kommunalen Wahlen 2022 vorbereiten, zusammen mit Ihnen den Kanton Zürich mitzugestalten. Denn eines ist klar: Wenn wir auch in Zukunft «liberale Spuren» im Kanton Zürich hinterlassen möchten, dann schaffen wir das nur mit gemeinsamen Kräften. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes Ausklingen dieses Jahres und bleiben Sie vor allen Dingen gesund!

Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich

«Wir wissen noch nicht, was das Jahr 2021 für uns alle bereithält, aber eines ist sicher: Wir als FDP werden uns auch im nächsten Jahr dafür einsetzen, dass die Gesundheit geschützt und die Arbeitsplätze erhalten bleiben.»

Abstimmung

Eine toxische Initiative für die Schweiz

Die Unternehmensverantwortungsinitiative mag gut gemeint sein, ist aber brandgefährlich für die Schweizer Wirtschaft. Wird die Initiative abgelehnt, tritt der vernünftige Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament in Kraft.

Am 29. November entscheidet die Schweiz über die Unternehmensverantwortungsinitiative. Die Ziele der Initiative sind unbestritten. Problematisch ist der Initiativtext, der zur Abstimmung steht. Dieser ist wirtschaftsfeindlich, sorgt für eine Zunahme der Bürokratie und will rechtsstaatlich fragwürdige Instrumente einführen. Die Initianten gehen von einer falschen Prämisse aus: Unternehmen haften bereits heute für Schäden, die sie anrichten und können

sogar in der Schweiz für Schäden im Ausland haftbar gemacht werden. Die Initiative schliesst keine Gesetzeslücke, sondern erweitert und verschärft die bestehenden Haftungsregeln massiv.

Schweizer Unternehmen müssten für Tochtergesellschaften und im Falle einer «wirtschaftlichen Kontrolle» selbst für juristisch unabhängige Geschäftspartner haften. Dazu zählen u. a. Joint Ventures oder Subunternehmerverträge. Die Initiative

fordert zudem eine Beweislastumkehr, was vom Initiativkomitee bestätigt wird: «Nicht der Geschädigte hat den Verschuldensbeweis zu leisten, sondern das kontrollierende Unternehmen hat seine Unschuld zu beweisen.» Die Haftungsregeln und die Beweislastumkehr gelten für alle Unternehmen mit Sitz in der Schweiz und sind weltweit anwendbar. Zuletzt verlangt die Initiative, dass Gerichte immer Schweizer Recht anwenden müssten, egal wo auf der Welt ein Ereignis stattgefunden hat. Damit mischt sich die Schweiz in die internen Angelegenheiten anderer Staaten ein und hebt das internationale Privatrecht aus.

Die Forderungen der Initiative sind toxisch für die international vernetzte Schweiz. Der Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament ist der richtige Weg. Er tritt bei einem Nein zur Initiative automatisch in Kraft.

Richtiges Ziel, falscher Weg.

Bei einem Nein tritt der Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament automatisch in Kraft. Er schafft strenge Vorgaben für die Schweizer Unternehmen und ist international abgestimmt.



Jetzt mehr erfahren.



Zürcher Komitee UVI NEIN, Oberdorfstr. 32, 8001 Zürich

FDP Kantonsratsfraktion

Gesundheit schützen, Arbeitsplätze retten

Für die FDP-Fraktion war immer klar: Covid-19 ist keine saisonale Grippe und wird nicht nur gesundheitliche, sondern auch massive wirtschaftliche und soziale Folgen haben. Deshalb haben wir die Regierung frühzeitig aufgefordert, einen langfristigen Plan für den Umgang mit der Pandemie vorzulegen. Unter dem Motto «Gesundheit schützen, Arbeitsplätze retten» reichten wir nach den Sommerferien ein Vorstosspaket ein mit Forderungen nach Erleichterungen für das Gewerbe in der kalten Jahreszeit, zur Verkürzung der Einreisequarantäne, zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Private, zur Unterstützung von Homeoffice, zum Augenmass bei der Maskenpflicht und zur Frage, ob das Virus oder das Tracing die Nase vorne hat. Mit Letzterem wollten wir von der Regierung wissen, was sie unternimmt, um genügend Test- und Tracingkapazitäten für eine zweite Welle bereitzustellen und die Prozesse zu verbessern. Leider hat die

Regierung die Situation massiv unterschätzt, und die Gesundheitsdirektion hat viel zu spät begonnen, diese Kapazitäten auszubauen.

Ebenfalls viel beachtet war unser Einsatz für eine kürzere Einreisequarantäne bei negativem Coronatest und für Erleichterungen für das Gewerbe. Letzteres wurde bspw. in der Stadt Zürich bereits umgesetzt. So dürfen die Gastronomiebetriebe, Museen und Theater wie von uns gefordert ohne Bewilligung Witterungsschutzbauten erstellen, öffentlichen Grund nutzen und Heizpilze aufstellen.

Nebst Corona beschäftigten wir uns mit zukunftsrichtigen Projekten. So lancierte Arianne Moser einen Vorstoss für eine Mobilitätsfinanzierung nach dem Verursacherprinzip. In ihrem Postulat fordert sie, dass die durch Mobilität verursachten Kosten von den jeweiligen Verursachern getragen werden. Mit diesem System könnte die Verkehrsfinanzierung langfristig gesichert und die



Beatrix Frey-Eigenmann

Erreichung der Klimaziele unterstützt werden. Idealerweise würde dieses System schweizweit eingeführt und so zu einer Gleichbehandlung sämtlicher Verkehrsträger führen.

Raffaella Fehr lancierte eine Parlamentarische Initiative, um den Zugang zu Tagesschulen sicherzustellen. Neu soll von den Gemeinden der Bedarf nach Tagesstrukturen wie auch Tagesschulen regelmässig ermittelt und dann ein entsprechendes Angebot zur Verfügung gestellt werden. Gemeindeübergreifende Kooperationen sollen vermehrt zum Tragen kommen, wo dies sinnvoll ist. Tagesschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Schule. Zudem sorgen sie für mehr Chancengerechtigkeit bei der Bildung.

Beatrix Frey-Eigenmann, Fraktionspräsidentin

FDP Winterthur

Budget der Stadt Winterthur: Zurück an den Absender

«Wir haben einen Plan» – kündigten die rot-grünen Parteien vor den letzten Gesamterneuerungswahlen 2018 vollmundig an. Bald drei Jahre später offenbart sich ein Desaster. Der Winterthurer Stadtrat will für 2021 den Steuerfuss um satte 7 Prozent von 122 auf 129 Prozent erhöhen. Gleichzeitig sollen mit dem Budget 80 zusätzliche Stellen bewilligt werden. Der Stadtrat selbst spricht schönfärbisch von einer «nachhaltig finanzierten Stadt Winterthur».

Die Realität ist eine andere. Seit Jahren werden schlechte Finanzprognosen publiziert. Die Effekte früherer Sparprogramme verpuffen. Man kann das als logische Konsequenz der links-grünen Mehrheit (5:2) abtun. Was aber irritiert, ist die Tatsache, dass der Stadtrat keine erkennbare Vorstellung hat, diese Situation in den Griff zu bekommen. Die Folgen bleiben auch nicht aus. In den letzten Monaten haben namhafte Firmen Winterthur den Rücken gekehrt, weitere drohen es zu tun.

Auch trotz jährlicher, rekordhoher Zahlungen aus dem kantonalen Finanzausgleich von rund 200 Millionen Franken und trotz weiterer zusätzlicher Ab-

geltungen in Millionenhöhe gelingt es dem Stadtrat nicht, seinen Finanzhaushalt in Ordnung zu halten.

Dass der realitätsfremde Voranschlag 2021 auch noch faule Eier aufweist, macht das Ganze nur noch schlimmer. Es braucht sehr viel Selbstvertrauen, Geld zu budgetieren, das es noch gar nicht gibt. So budgetierte der für die Stadtfinanzen zuständige SP-Stadtrat bereits 15 Mio. als Folge des von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im September angenommenen Zusatzleistungsgesetzes. Die Gesetzesänderung wird aber erst per 2022 in Kraft treten. Auch die vom Stadtrat im Budget eingestellte Entnahme aus der Parkhausreserve hat der Gemeinderat bereits ein Jahr zuvor abgelehnt.

Die FDP akzeptiert diese Entwicklung nicht. Die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat hat jetzt eine schallende Ohrfeige kassiert. Die Fraktionen von SVP bis EVP haben unter der Federführung der FDP-Fraktion das Budget bereits vor der Detailberatung zurück an den Absender geschickt mit dem Auftrag, zeitnah einen neuen Vorschlag mit einem Steuerfuss von maximal 125 Prozent vorzulegen. Auf die Entnahme von Geld aus der Park-



Dieter Kläy

platzreserve muss verzichtet werden. Ein substantielles Nachbessern tut not.

Eineinviertel Jahre vor den Gesamterneuerungswahlen 2022 muss man feststellen, dass «der Plan» der rot-grünen Parteien gescheitert ist. Personelle Veränderungen sind notwendig.

Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

FDP Stadt Zürich

Rot-Grün ist nicht so cool, wie viele denken

Seit 30 Jahren ist Rot-Grün in der Mehrheit im Zürcher Stadtrat. Auch im Gemeinderat geht seit langer Zeit nichts mehr ohne die rot-grünen Parteien. Doch in den letzten Jahren hat Rot-Grün wenig für unsere Stadt zustande gebracht. Die Stadt Zürich kann mehr!

Die rot-grünen Parteien versichern uns seit Jahren, dass sie günstige Wohnungen schaffen wollen. Dass sie mit Toleranz und Offenheit unsere Stadt zusammenhalten. Dass die Verwaltung stark aufgestellt ist. Wir bezweifeln nicht ihre guten Absichten.

Aber leider kriegen es SP, Grüne und AL schlicht nicht hin.

Wo auch immer man hinschaut: die vielen schönen Versprechungen haben die in der Stadt Zürich mehrheitlich regierenden Parteien bisher nicht eingehalten. Hier sind einige Beispiele für Probleme, die der Bevölkerung unter den Nägeln brennen – die Rot-Grün offenbar nicht lösen kann.

– 50 000 neue Zürcherinnen und Zürcher gibt es seit 2010 – nur 792 Wohnungen haben rot-grüne Stadträte seither gebaut.

– Seit 2008 stieg der Personalaufwand deutlich stärker (+30 Prozent), als die Bevölkerung zunahm (+17 Prozent).

– Obwohl es in Zürich über 130 000 Autos gibt, deren Eigentümer vielleicht umrüsten würden, gibt es nur 117 öffentlich zugängliche Ladestationen.

– Nicht zuletzt verbietet Rot-Grün sogar zunehmend Demonstrationen, wenn sie politisch nicht seiner Couleur entsprechen. Dies obwohl gleichzeitig seit 2017 alle zwei Wochen eine unbewilligte Demo, häufig politisch näher an Rot-Grün, toleriert wird.

**Zürich kann mehr!
Wir brauchen bessere Ideen für unsere Stadt**

Das Einzige, was gegen die Wohnungsknappheit hilft, ist mehr Wohnungen zu bauen, und das schafft der Staat alleine eben nicht. Um den Wirtschaftseinbruch durch

die andauernde Pandemie abzufedern, müssen wir die Verwaltung effizient aufstellen. Verkehrs- und Umweltpolitik müssen ohne ideologische Scheuklappen die richtigen Anreize setzen. Demonstrationen dürfen nur unter ganz bestimmten und für alle gleichen Bedingungen verboten werden.

Mit diesen und weiteren Themen lancieren wir in diesem Herbst eine faktenbasierte Vorkampagne vor den Wahlen im Frühjahr 2022, um die städtische rot-grüne «Bubble» aufzurütteln – die so häufig einfach auf Stereotypen beruht. Alle Motive können abgerufen werden auf mehblau.ch

Severin Pflüger, Patrik Brunner, Andreas Egli, Michael Schmid, Claudia Simon, Sina Steininger, Martina Zürcher

Seit 30 Jahren ist Rot-Grün in der Mehrheit im Zürcher Stadtrat. Auch im Gemeinderat geht seit langer Zeit nichts mehr ohne die rot-grünen Parteien. Doch in den letzten Jahren hat Rot-Grün wenig für unsere Stadt zustande gebracht.

Züri kann mehr! FDP.

mehblau.ch
f in @

FDP Frauen Kanton Zürich

Tagesschulen bringen Eltern und Kindern mehr Zeit

Die Zürcher Gemeinden sind bereits heute verpflichtet, eine professionelle schulergänzende Betreuung anzubieten. Nicht genug, meinen Carola Etter-Gick und Raffaella Fehr. Sie verlangen, dass jede Gemeinde den Bedarf an Tagesschulplätzen abdeckt. Entweder mittels Schaffung einer eigenen Schule oder durch eine gemeindeübergreifende Kooperation. Ihre Argumente überzeugen.

Frau Fehr, Sie haben zusammen mit Vertretern anderer Parteien eine parlamentarische Initiative eingereicht, die das Recht auf den Zugang zu Tagesschulen gesetzlich verankern will. Warum handeln die Gemeinden nicht freiwillig?

Raffaella Fehr: Einige Gemeinden führen bereits Tagesschulen oder sind auf dem Weg dazu. Die Schaffung von Tagesschulen bringt organisatorische und finanzielle Hürden mit sich. Zudem stellt sich die Frage, ab welcher Schülerzahl eine Tagesschule effizient geführt werden kann. Durch die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit können sowohl die Organisation als auch der Betrieb effizienter gestaltet werden.

Welche Vorteile haben Tagesschulen?

Carola Etter-Gick: Sie vereinen Betreuung und Schule in einem pädagogischen Modell. Die Kinder verbringen den ganzen Tag im Klassenverband – das Lernen geht während des Mittagessens weiter. Zudem ist die Schule dank verkürzter Mittagspause früher fertig.

Sind Tagesschulen nicht indirekt ein Angriff auf die innerfamiliäre Betreuung der Schulkinder?

CE: Nein. Den Kindern bleibt mehr Zeit für ihre Hobbys, Freunde oder Eltern. Die Kleinen haben an drei fixen Nachmittagen bis ungefähr 15.30 Uhr Schule, die Grösseren an vier. Im Anschluss können sie heimgehen, oder aber eine zusätzliche Betreuung oder private Vereinskurse besuchen.

RF: Die FDP und ich stehen hinter der Freiwilligkeit. Es geht darum, dass jede Familie ihr Familien- und Schulmodell frei wählen kann. Es wäre unschön, wenn Tagesschulen nur jenen zur Verfügung stünden, welche sich eine Privatschule leisten können oder wollen.

Mit welchen Mehrkosten rechnen Sie?

RF: In einer ersten Phase müssen die Gemeinden Geld investieren. Die Kosten werden variieren, denn Ausgestaltung der Tagesschule, Subventionen sowie Elternbeiträge werden kommunal festgelegt. Die jährlichen Kosten pro Tagesschulplatz werden sich auf rund 4000 Franken belaufen.



Carola Etter-Gick,
FDP Kantonsträtin,
Dozentin ZHAW



Raffaella Fehr,
FDP Kantonsträtin,
Betriebsökonomin

Ab wann können Eltern mit Tagesschulen rechnen?

CE: Kantonsweit leider nicht morgen. Wird die parlamentarische Initiative durch mindestens 60 Kantonsträte unterstützt und einer Kommission zugewiesen, erarbeitet diese mit der Verwaltung die Revision des Volksschulgesetzes, über welche der Rat – und nach einem allfälligen Referendum das Volk – entscheidet.

Interview: Katja Brändle

Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

Jungfreisinnige Kanton Zürich

Mut zur Lücke – aber nicht bei der Altersvorsorge

Unter dem Motto «Die Schweiz will» ist die FDP in die nationalen Wahlen 2019 gestartet. Das, was die Schweiz will, hat sich seither stark gewandelt – von Greta Thunberg hören wir nichts mehr, dafür dominieren Corona-Fallzahlen unsere News. Was die Schweiz will, ist von Jahr zu Jahr ziemlich volatil. Was wir dagegen sagen können, ist, was Herr und Frau Schweizer beschäftigt und zwar ziemlich konstant über die letzten Jahre: die Altersvorsorge.

Selbst 2019, trotz Klimawahl, war die grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizer die Altersvorsorge (jährl. Sorgenbarometer-Umfrage der CS für gfs.bern) – wie bereits seit 2017, davor in den Top 5. Was sagt uns das? Politiker interpretieren gerne, doch eigentlich ist die Bedeutung ziemlich simpel: Herr und Frau Schweizer beschäftigt nichts so sehr wie die Altersvorsorge. So simpel die



Sammelaktion der Jungfreisinnigen.

Fortsetzung auf Seite 7

Verleihung des «Gaht's-no!-Priis» 2020

Stadtrat Zürich verhindert Veloladen in Ökosiedlung

Immer mehr Einschränkungen, immer mehr Vorschriften, immer höhere Kosten, immer mehr fragwürdige Bürokratie: Die FDP hat auch in diesem Jahr genug von all dem! Daher wurde ein weiteres Mal Ende September, und dies bereits zum 11. Mal, der «Gaht's-no!-Priis» für die absurdeste Bürokratiegeschichte des Jahres im Rahmen des Sessions-apéros vergeben. An Geschichten mangelte es wiederum nicht. Die Jury der FDP Kanton Zürich haben wieder unzählige Einsendungen von unsinnigen Bürokratierlebnissen erreicht. Wie in anderen Jahren war es aber auch dieses Jahr nicht einfach, sich für eine einzige Sienerggeschichte zu entscheiden, denn verdient hätten diesen Preis ganz viele.



Der «Gaht's-no!-Priis» 2020 geht an Martin Hunkeler (links) und Marcel Eichmann.



Der «Gaht's-no!-Priis» 2020.

Das Bürokratierlebnis, welches die beiden Velohändler Marcel Eichmann und Martin Hunkeler jedoch mit der Stadt Zürich erlebt haben, ist kaum zu übertreffen. Daher war es für die 5-köpfige Jury schnell klar, und die beiden Velohändler standen als Sieger fest.

Ihre Geschichte: Die zwei Velomechaniker wollen ihre Geschäftstätigkeit ausbauen und einen weiteren Laden in der Öko-Wohnsiedlung Kronenwiese eröffnen. Doch die Stadt verweigert ihnen den Vertrag. Begründung der Stadt: In unmittelbarer Nähe befindet sich bereits ein Veloladen. Eine Vermietung an einen weiteren Veloladen würde der

gewerblichen Vielfalt innerhalb der Branche und im Umfeld widersprechen und wäre nicht vereinbar mit der städtischen Gewerbestrategie. Einziger Haken an dieser Begründung: Marcel Eichmann und Martin Hunkeler betreiben ihre Läden bereits in diesem Quartier. Die Stadt scheint besser als die Unternehmer und die Kunden zu wissen, was gut für diese ist.

Wir sagen nur «Gaht's-no!». Die ganze Geschichte der beiden Velohändler sowie die anderen Nominierten 2020 und weitere Absurditäten der letzten Jahre gibt es hier zum Nachlesen: www.buerokratieabbau.ch.

Fortsetzung von Seite 6

Bedeutung, so schwierig ist die Umsetzung einer geeigneten Lösung: An der Altersvorsorge scheiden sich die Geister, denn viele Wege führen nach Rom. Das Problem unserer Politik: Wer nur über den geeigneten Weg diskutiert, aber nie zu laufen beginnt, der hat auch garantiert nie die Chance, anzukommen. Egal, ob der Weg gepasst hätte.

Woher kommt es, dass ein Thema, das an erster Stelle für unsere Bevölkerung steht, so oft auf die lange Bank geschoben wird? Warum reden wir mehr über neue Abgaben zum Wohle des Klimas, als über die Nachhaltigkeit unserer Altersvorsorge? Das weiss kein Mensch. Die FDP zeigt Mut zur Lücke, aber leider am falschen Ort. Aber das wollen wir ändern: mit der Renteninitiative der Jungfrei-

sinnigen. Diese hat auch in der FDP einen noch schweren Stand – warum? Auch das weiss kein Mensch. Denn eigentlich ist es simpel: Wir bieten einen Weg an, einen ersten Schritt in Richtung einer nachhaltigen Lösung. Wir stehen jede Woche in der ganzen Schweiz auf der Strasse und sammeln für eine Altersvorsorge, die auch für unsere Generation noch besteht. Wir wissen, dass es nicht der eine perfekte Weg sein muss, weil es ihn gar nicht gibt – wir setzten uns dafür ein, dass irgendwo irgendjemand den ersten Schritt gehen muss, um vorwärtszukommen.

Doch dafür brauchen wir auch die Unterstützung unserer Mutterpartei: Politik ist mehr als Reden. Politik ist Machen. Politik ist, gute Ideen zu unterstützen, die zum Fortschritt beitragen – ob man sie zu 100 Prozent teilt, ist zweitrangig, denn

die Schweiz ist geprägt von Kompromissen. Und seien wir ehrlich: Die für alle perfekte Lösung wird nie kommen. In keinem Bereich der Politik.

Was die Schweiz will, das können wir nicht sagen. Aber was die Schweiz braucht, schon: Mut, einen Weg zu begehen, der vielleicht nicht perfekt ist, aber den ersten Schritt für eine nachhaltige Lösung tun kann. Deshalb ist dies unser Appell an Sie, als Freisinniger und Freisinnige: Unterschreiben Sie die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, wenn auch Sie mit uns einen Schritt in Richtung nachhaltige Altersvorsorge gehen wollen. Wenn Sie Politik nicht nur der Politik willen, sondern für die nächste Generation machen wollen. Herzlichen Dank!

Gioia Porlezza, Jungfreisinnige Kanton Zürich



Enkel-Strategie auf Erfolgskurs

Umfrageresultate machen Mitgliederanliegen sichtbar

Wir sagen 15 753 Mal Danke! Der grosse Rücklauf zur Enkel-Strategie-Umfrage macht deutlich, dass die FDP-Mitglieder gewillt sind, an der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten. Die Rückmeldungen zeigen, dass der Kurs der FDP breite Unterstützung erfährt. Die Herausforderungen von morgen können angepackt werden.

Rund 16000 FDP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz haben sich in den letzten Wochen an der grossen Umfrage zur Enkel-Strategie beteiligt. Damit wird sogar die Rücklaufquote der letztjährigen Umfrage zur künftigen Umwelt- und Klimapolitik der FDP noch übertroffen. Das ist umso erfreulicher, weil der soziale und politische Austausch in den letzten Monaten aufgrund der Covid-Pandemie erschwert wurde. Auch deshalb war es der FDP ein Anliegen, ihre Basis wieder aktiv einzubeziehen. Die starke Beteiligung an der Umfrage bestätigt deutlich das Bedürfnis unserer Mitglieder, sich politisch einzubringen. Die grosse Beteiligung freut auch Parteipräsidentin Petra Gössi: «Mit unserer Enkel-Strategie sorgen wir dafür, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Ich bin stolz darauf, dass die FDP-Mitglieder bereit sind, mit Pioniergeist die Zukunft der Schweiz mitzugestalten.»

Mit der Enkel-Strategie will die FDP die Weichen für eine liberale und zukunftstaugliche Politik in drei zentralen Bereichen stellen:

- Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, der allen auch in Zukunft eine Arbeitsstelle bietet und somit ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.
- Für gesicherte Sozialwerke, damit auch kommende Generationen von Vorsorge- und Gesundheitsdienstleistungen profitieren können.
- Für intakte Lebensgrundlagen, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Die Umfrage gab den FDP-Mitgliedern auch die Gelegenheit, sich zu den Werten der FDP zu äussern. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt und zeigte, dass 87 Prozent der Mitglieder mit dem Kurs der FDP zufrieden sind – ein deutliches Bekenntnis zur FDP-Politik. Auch die heutige Finanzpolitik inkl. Schuldenbremse ist mit einer Zustim-

mung von 80 Prozent bei der Basis breit abgestützt. Als Hauptaufgabe des Staates definiert die Mehrheit der Umfrageteilnehmer das Thema Sicherheit. Aber auch die Handelsbeziehungen der Schweiz geniessen viel Unterstützung: Knapp 67 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz keine Handelsbeziehungen gefährden, aber humanitäre Aspekte einbringen soll.

Mehr Einsatz für Lebensgrundlagen

Die letzte grosse Mitgliederumfrage bildete die Basis für die aktuelle Umwelt- und Klimapolitik der FDP. Auch in der Umfrage zur Enkel-Strategie konnten sich die Teilnehmer im Bereich Lebensgrundlagen zum Engagement der FDP äussern. Zwei Drittel der Befragten gaben dabei an, dass sich die FDP stärker für die Lebensgrundlagen in der Schweiz engagieren soll, während 29 Prozent der Ansicht sind, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Mitglieder wünschen sich zudem eine starke Wirtschaft, die aber auch Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Zu starkes Bevölkerungswachstum wird aber kritisch betrachtet. 58 Prozent macht die Vorstellung einer Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern Sorgen.

Fortsetzung auf Seite 9

Das Thema Vorsorge geniesst Priorität

Zu enkeltauglichen Lösungen gehört aber weit mehr als nur der Schutz der Umwelt. Deshalb deckt die Umfrage auch die Bereiche Altersvorsorge und Gesundheit ab. Schliesslich gilt das Nachhaltigkeitsprinzip ebenso für Sozialwerke, wenn kommende Generationen von deren Leistungen profitieren sollen. Die FDP setzt sich kontinuierlich mit Vorstössen für diese Anliegen ein, dazu kommt die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die sich momentan im Sammelstadium befindet. Dieser Einsatz wird von den FDP-Mitgliedern unterstützt und soll sogar noch ausgebaut werden. 61 Prozent der Befragten wollen, dass sich die FDP in Zukunft noch stärker für die Vorsorge in der Schweiz engagiert. 37 Prozent der Teilnehmer sind mit dem bisherigen Einsatz zufrieden. Dass das Thema Aufmerksamkeit verdient, ist offensichtlich. So schätzen nur gerade 13 Prozent der Teilnehmer die Wahrscheinlichkeit als hoch ein, dass im Jahr 2050 das Altersvorsorgesystem mit drei Säulen ein finanziell sorgenfreies Leben nach der Pensionierung ermöglicht. Damit das bewährte System weiterhin funktioniert, sind Massnahmen dringend nötig. Am meisten Zuspruch erhält dabei die Erhöhung des Rentenalters. Zudem wünschen viele Umfrageteilnehmer eine Stärkung der individuellen Vorsorge (3. Säule) sowie eine bessere Altersabsicherung von Teilzeitarbeit oder neuer Arbeitsformen.

Wunsch nach mehr Flexibilität im Beruf

Damit die Altersvorsorge ihre Leistungen erbringen kann, ist eine gesunde Wirtschaft mit genügend Arbeitsplätzen unabdingbar. Zwei Drittel der Befragten wollen, dass sich die FDP mehr für die Arbeitsplätze in der Schweiz engagiert, während ein Drittel der Ansicht ist, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Befragten wünschen sich insbesondere, dass die Flexibilität der Arbeit mehr Gewicht erhält, damit sich Freizeit/Familie und Beruf gut vereinbaren lassen. Damit die Unternehmen in der Schweiz Arbeitsplätze schaffen können, brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Gemäss 85 Prozent der Befragten soll dies durch Bürokratieabbau, bessere Investitionsbedingungen und eine massvolle Steuerbelastung geschehen. Dies soll ermöglichen, dass Arbeitsplätze weiterhin in der Schweiz bleiben. Die grösste Gefahr für künftige Generationen sei nämlich die Verlagerung von Jobs ins Ausland.

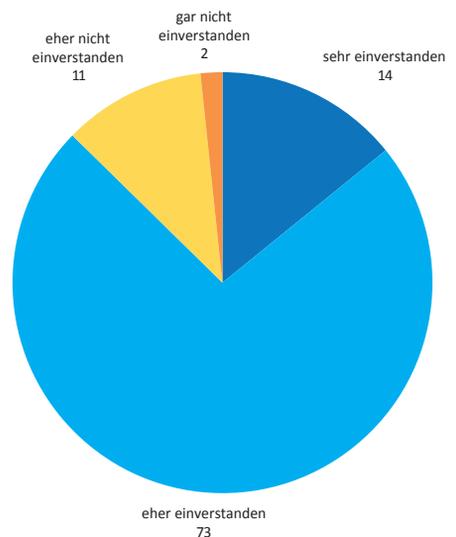
Dank der Umfrage zur Enkel-Strategie verfügt die FDP nun über einen breiten Strauss von wertvollen Rückmeldungen aus der Basis. Diese fliessen nun ein in die Erarbeitung der umfassenden Enkel-Strategie, die im Laufe des kommenden Jahres präsentiert wird.

Marco Wölfli

Einverständnis Kurs FDP

«Ganz generell: Sind Sie mit dem heutigen Kurs der FDP einverstanden?»

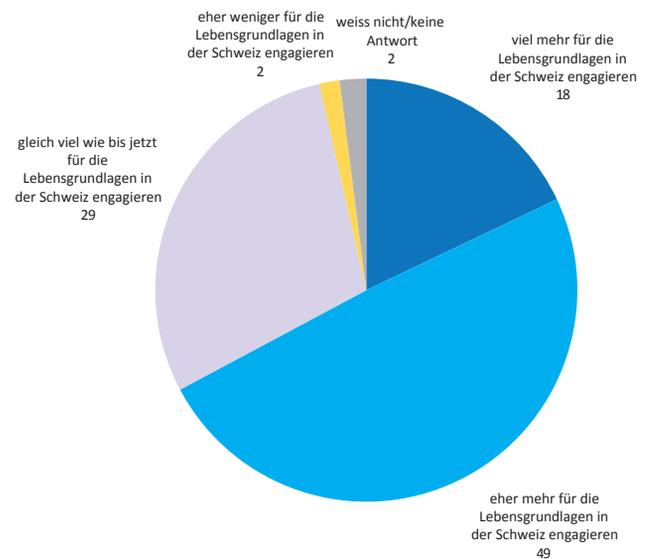
in % FDP-Mitglieder



Engagement FDP auf Lebensgrundlagen

«Im Kapitel «Lebensgrundlagen» beantworten Sie Fragen zu Mobilität, Infrastruktur, Umwelt und Konsum. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

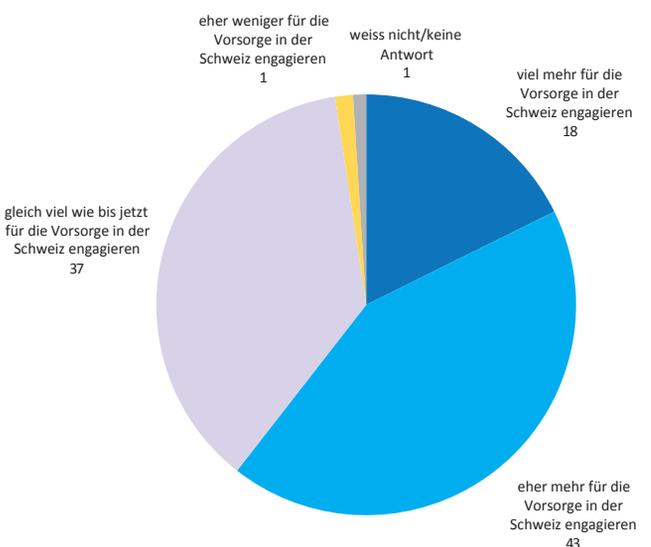
in % FDP-Mitglieder



Engagement FDP auf Altersvorsorge und Gesundheitspolitik

«Im Kapitel «Vorsorge und Gesundheit» beantworten Sie Fragen zur Altersvorsorge und zur Gesundheit. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

in % FDP-Mitglieder





Für einen griffigen Klimaschutz

CO₂-Gesetz ist ausgewogen und zielgerichtet

Die FDP hat die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, das in der Herbstsession 2020 im Parlament deutlich angenommen wurde, entscheidend geprägt und damit massgeblich zu einer mehrheitsfähigen und griffigen Vorlage beigetragen. Das Massnahmenpaket ist ausgewogen und ermöglicht die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 durch Massnahmen im In- und Ausland. Es bringt zudem Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen und eröffnet dem Gewerbe neue Chancen.

National- und Ständerat haben in der Herbstsession dank der Unterstützung der FDP dem revidierten CO₂-Gesetz deutlich zugestimmt. Nachdem eine erste Version des Gesetzes vor zwei Jahren im Parlament noch nicht mehrheitsfähig war, brachte die FDP im Verlauf der weiteren Debatte zahlreiche Beschlüsse und Forderungen aus ihrem Positionspapier ein und konnte die vorliegende Fassung dadurch entscheidend mitprägen. Das neue CO₂-Gesetz schafft die Grundlagen für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz ratifiziert hat. Er ist für mich bildlich gesprochen ein

Schweizer Innovationshaus. Ein Topfundament und das Dach sind vom Bundesrat mit Netto-Null definiert. Ein Ausbau von Stockwerken muss noch folgen. Fakt ist, es handelt sich um den ersten von mindestens drei Schritten, wollen wir das Ziel – bis 2050 bei den Treibhausgasemissionen eine «Netto-Null-Bilanz» aufzuweisen – schaffen.

Zugleich ist die Vorlage ein mehrheitsfähiger Kompromiss. Wenn jetzt verschiedene Gruppierungen dagegen das Referendum ergreifen, darunter nebst den Erdölhändlern oder der SVP auch Westschweizer Klimajugend-Sektionen, ist das

kurzsichtig und torpediert eine griffige Klimapolitik. Denn nichts tun, ist keine Option!

Das CO₂-Gesetz braucht sich vor einer Volksabstimmung aber nicht zu verstecken. Die Massnahmen sind ausgewogen und zielführend und ermöglichen so die wichtige Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990. Das Gesetz bündelt verschiedene Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie, damit alle ihren Beitrag zur Zielerreichung leisten.

Effizienzgewinne und Chancen für die Wirtschaft

Dem Verkehrssektor kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die CO₂-Zielwerte für den Durchschnitt neuer Fahrzeuge werden weitergeführt, analog zu den Vorgaben in der EU, die neu auch für schwere Lastwagen gelten. Damit werden wir künftig sparsamere Fahrzeuge haben, was die massvolle Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise zur Kompensation des CO₂-Austosses überwiegen wird. Auf Flugtickets wird künftig eine Lenkungsabgabe erhoben. Dabei profitieren jene, die wenig oder gar nicht fliegen. Die Abgabe beträgt zwischen 30 und 120 Franken, je nach Klasse und Reisedistanz, wobei die Hälfte der Einnahmen an die Bevölkerung zurückerstattet wird. Die andere Hälfte fliesst in den neuen Klimafonds, der u.a. auch durch ein Drittel der CO₂-Abgabe gespeist wird. Aus diesem neuen Fonds – übrigens eine der zentralen Forderungen aus dem Positionspapier – sollen u.a. innovative Projekte finanziert werden wie z.B. synthetisches Kerosin, damit Forschung in der Schweiz vorangetrieben werden kann. Ebenso wichtig sind die Massnahmen im Bereich Gebäude z.B. über die Fortführung und Optimierung des Gebäudeprogrammes oder die neuen CO₂-Grenzwerte beim Heizungsersatz in Bestandesbauten. Das macht unseren Gebäudepark fit für die Zukunft, und das lokale Gewerbe profitiert von neuen Aufträgen.

Wir halten, was andere nur versprechen

Die FDP hat 2019 eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik beschlossen. Das CO₂-Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Versprechen aus dem Wahljahr einzulösen. Neben dem Engagement für das CO₂-Gesetz haben FDP-Parlamentarier rund 40 Vorstösse aus dem Umwelt- und Klimabereich eingereicht, beispielsweise für mehr Kreislaufwirtschaft, grüne Finanzprodukte oder mehr Transparenz für Konsumenten. Ein Grossteil dieser Vorstösse hat bereits Mehrheiten im Parlament gefunden. Dies ist parlamentarische Knochenarbeit mit liberalem Kompass!

Damian Müller
Ständerat LU, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

Rückhalt für das liberale CO₂-Gesetz

Fünf Stimmen für eine vernünftige Vorlage



Nüchternes Ja zum CO₂-Gesetz

Die Öffnung des Zielvereinbarungssystems für alle Firmen ist für Swissmem die Basis für eine Zustimmung zum CO₂-Gesetz. Dadurch ausgelöste Investitionen am CH-Produktionsstandort reduzieren auch künftig Emissionen. Schade ist der Verzicht auf eine rückerstattete Lenkungsabgabe beim Verkehr, und beim «Klimafonds» wird es zum Kampf um Subventionen statt zu technologieutraler Innovation kommen. Unabhängig davon liefert die Industrie effiziente, wirksame Lösungen zur CO₂-Reduktion. Diese haben das Potenzial, die Politik zu überholen. Fazit: ein nüchternes Ja zum Gesetz zugunsten des Arbeitsplatzes Schweiz.

Stefan Brupbacher
Direktor Swissmem

Kein Wunschkonzert

Das berühmte Haar in der Suppe findet man auch in diesem Gesetz. Jedoch ist ein Gesetz nicht ein Wunschkonzert, sondern das Ergebnis zwischen definierter Zielerreichung, machbaren Vorgaben und konstruktiven Mehrheiten. Für mich ist klar, wer zum Pariser Klimaabkommen Ja sagte, steht in der Pflicht, zur Umsetzung auch für ein gangbares CO₂-Gesetz einzustehen!

Peter Schilliger
Nationalrat und Unternehmer Gebäudetechnik,
Udligenswil LU



Übernehmen wir Verantwortung

Die freisinnigen Werte Verantwortung, Freiheit und Pragmatismus spielen im neuen CO₂-Gesetz eine wichtige Rolle. Es ist unsere Pflicht, die natürlichen Ressourcen für künftige Generationen zu schützen. Der Status quo ist keine Option. Eigenverantwortung, die Anwendung des Kausalitätsprinzips und die Stärkung von Forschung und Innovation ermöglichen es uns, diese Herausforderungen zu meistern. Die Anwendung dieses Gesetzes verursacht zwar Kosten, aber sollte nicht jeder Unternehmer zuerst investieren, um später zu profitieren?

Jacques Bourgeois
Nationalrat und Mitglied der Umweltkommission



Handeln, bevor es zu spät ist

Als Präsidentin einer Berggemeinde habe ich jahrelang hautnah miterlebt, welche negativen Auswirkungen der Klimawandel auf die Natur und auf uns Menschen hat: Hochwasser, Murgänge, Fels- und Bergstürze nehmen zu, die Gletscher schmelzen, gesperrte Strassenverbindungen und der Schneemangel verursachen wirtschaftliche Schäden. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Das CO₂-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Anna Giacometti
Nationalrätin, Stampa GR

CO₂-Gesetz ist eine Chance

Als ehemalige Waadtländer Staatsrätin für Umwelt und Energie sehe ich das CO₂-Gesetz als Chance, die Energiewende, die Wirtschaft sowie Innovation und nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen. Wenn wir nicht wollen, dass uns Rot-Grün noch drastischere Verbote, Verpflichtungen und Massnahmen verordnet, müssen wir handeln, anstatt uns zu beklagen.

Jacqueline de Quattro
Nationalrätin VD



Ab auf die Strasse

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP. Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Am 5. Dezember findet die nächste nationale Sammlung statt. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Die AHV ist in Schieflage und schreibt rote Zahlen; seit 2018 sogar in Milliardenhöhe! Unternehmen wir jetzt nichts, häuft sich bis 2045 ein Schuldenberg von 250 Milliarden Franken an. Das entspricht den Kosten von 20 Gotthard-Basistunneln!

Während bei der erstmaligen Auszahlung von AHV-Renten im Jahr 1948 durchschnittlich 3,4 Erwerbstätige einen Rentner finanzierten, sind es heute lediglich noch deren 1,9. Gleichzeitig stiegen die Bezugsjahre – bei gleichbleibenden 44 Erwerbsjahren – von 13 auf 23. Eine erfreuliche Entwicklung in Sachen Lebenserwartung; eine düstere Prognose für die Sozialwerke.

Diesem strukturellen Problem hat sich die Renteninitiative verschrieben. Um die AHV nachhaltig zu sanieren, sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüpfung

des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie beispielsweise der Mehrwertsteuer.

Unterstützung von nationalen Parlamentariern

Nach dem Fristenstillstand aufgrund des Covid-19-Virus nahmen die Jungfreisinnigen die Unterschriftensammlung im Sommer wieder auf und intensivieren ihr Engagement im Herbst. Anfang Oktober führten die Jungfreisinnigen zusammen mit der FDP den ersten nationalen Sammeltag durch und gingen in vielen Regionen motiviert auf die Strasse. Bewaffnet mit Unterschriftenbogen und Klemmbrett waren die Sektionen der Jungfreisinnigen in der Romandie, in Zürich, Bern, Basel-Land, Basel-Stadt, Luzern, Glarus, St. Gallen, Thur-

gau, Solothurn und Zug auf den Strassen. Dabei konnten sie auf tatkräftige Unterstützung von nationalen Parlamentariern zählen. Beispielsweise sammelten der Aargauer Ständerat Thierry Burkart in Adelboden und die Berner Nationalrätin Christa Markwalder in den Gassen Berns Unterschriften für eine sichere Altersvorsorge. Zudem wagten vereinzelte Ortsparteien der FDP erste Versuche im Unterschriftensammeln. Aus Sicht der Jungfreisinnigen war der erste nationale Sammeltag ein grosser Erfolg; in Luzern kamen beispielsweise bisher rund 3000 Unterschriften zusammen.

Sammeloffensive vor Weihnachten

Damit die benötigten 100000 beglaubigten Unterschriften am 16. Juli 2021 fristgerecht eingereicht werden können, braucht es weiterhin den Einsatz aller! Die Jungfreisinnigen planen deshalb monatliche Sammeltage gemeinsam mit der FDP. Die Liberalen. Der nächste findet am Samstag, 5. Dezember, statt. Alle Sektionen der Jungfreisinnigen und FDP-Ortsparteien organisieren sich in Kleingruppen, bestellen via info@renten-sichern.ch Unterschriftenbögen und gehen am 5. Dezember für zwei bis drei Stunden auf die Strasse. Wer am Sammeltag nicht verfügbar ist, sammelt beispielsweise in der Familie, am Arbeitsplatz oder in Vereinen Unterschriften. Die Vorweihnachtszeit bietet genügend Gelegenheiten, dass jede und jeder nochmals fünf Unterschriften einsenden kann. Argumente, Infos sowie Sammeltipps gibt es auf www.renten-sichern.ch.

Marco Wölfli



Forum für die liberale Idee

Prominente Gäste am Zürichsee

Am 16. Januar 2021 findet das Liberale Forum Meilen statt. Gäste wie der Ökonom Professor Dr. Reiner Eichenberger, alt Bundesrat Kaspar Villiger und Michael Theurer, stv. Fraktionschef der FDP im Bundestag, bereichern die Veranstaltung.

Die Medien überbieten sich in letzter Zeit mit Schlagzeilen zu Liberalismus und Zukunft. Es lohne sich politisch nicht, liberal zu sein, so ein deutscher Wirtschaftsweiser. Die NZZ titelt «Alle gegen den Liberalismus», und ein ehemaliger Botschafter kommuniziert, dass es mit dem Liberalismus und der Eigenverantwortung der Bürger bergab gehe.

In diesem herausfordernden Themenbiotop wird das Liberale Forum Meilen am 16. Januar 2021 mit prominenten Referenten wie alt Bundesrat Kaspar Villiger, FDP-Präsident von Baden-Württemberg und stellvertretender Fraktionschef der FDP im Bundestag, Michael Theurer, Regierungsrat Dr. Christian Rathgeb, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin der FDP Frauen



Michael Theurer

Schweiz, sowie der Ökonom aus Meilen, Professor Dr. Reiner Eichenberger, erwartungsvoll ausleuchten. Die Teilnehmer können sich auf prominente Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft freuen, die sich mit ihrer liberalen Verortung und Engagement auszeichnen. Insbesondere soll der

Eigenverantwortung der Bürgerin und des Bürgers Schubkraft und Motivation verliehen werden.

Gegensteuer geben

Gerade weil es liberale Ideen in der Corona-Pandemie schwer haben, will das Liberale Forum Meilen Gegensteuer geben. Der Präsident der Kantonsregierungen, Regierungsrat Dr. Christian Rathgeb, hat in der Corona-Krise die Vor- und Nachteile des Föderalismus erlebt und ist in diesen Pandemie-Herausforderungen mitten im Geschehen. Ein besonders spannender Gast ist Michael Theurer. Der Kontakt zum stellvertretenden Fraktionschef im Bundestag und Präsidenten der FDP Baden-Württemberg kam dank Wolfgang Kubicki, Vizepräsident des Bundestages, zustande. Theurer ist ein wahrnehmungsstarker Vertreter der Eigenverantwortung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Das Liberale Forum berücksichtigt die aktuell geltenden Corona-Vorschriften. Mit einem Live-stream wird diese wahrnehmungsstarke freisinnige Veranstaltung direkt übertragen und kann mitverfolgt werden. Die Teilnahme wird beschränkt sein.

Roger E. Schärer, Liberales Forum Meilen

Weitere Infos unter www.liberalesforummeilen.ch



Dr. Reiner Eichenberger

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin und Präsidentin FDP Frauen, am Herbstanlass in St. Gallen.



Liberaler Beitrag zum Jubiläum

Interview mit Susanne Vincenz-Stauffacher

Die FDP Frauen lancieren im Februar eine Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher erklärt, welche Verbesserungen mit einer Individualbesteuerung verbunden sind und wie die FDP Frauen die erste Initiative ihrer Geschichte stemmen wollen.

Im Parlament war die Individualbesteuerung mehrmals ein Thema, zudem ist noch eine Motion hängig. Wieso braucht es noch eine Initiative? Es ist richtig, dass bereits verschiedenste Vorstösse, insbesondere aus FDP-Kreisen, eingereicht wurden. Konkret passiert ist bis anhin aber schlicht nichts! Zwar ist die Einführung der Individualbesteuerung nun auch in der aktuellen Legislaturplanung enthalten. Die Legislaturplanung hat aber keine Verbindlichkeit. Aus diesem Grund ist es uns ein Anliegen, mit unserer Initiative ein Ausrufezeichen zu setzen und so das Vorhaben energisch voranzutrei-

ben. Die Lancierung geschieht denn auch nicht zufällig jetzt resp. ganz konkret am 7. Februar 2021: Dann jährt sich die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen zum 50. Mal, und dies ist unser liberaler Beitrag zu diesem Jubiläum. Und nicht zuletzt: Mit dieser Initiative gehen wir FDP-Frauen – und hoffentlich viele zusammen mit uns – auf die Strasse, um Unterschriften zu sammeln. Wir bringen uns damit sichtbar ein.

Was erhoffen Sie sich von der Initiative? Die Einführung der Individualbesteuerung! Und damit

einhergehend eine zivilstandsunabhängige Besteuerung, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt bringt und die Heiratsstrafe abschafft.

Wer würde von der Individualbesteuerung profitieren? Schlussendlich die Gesellschaft als Ganzes. Mit Einführung der Individualbesteuerung werden die negativen Erwerbsanreize für verheiratete Zweitverdienende – in der Regel Frauen – beseitigt. Dies bringt im Weiteren Nutzen für die Wirtschaft, da damit der Fachkräftemangel konkret angegangen werden kann, Mehreinnahmen hinsichtlich Steuern (was die zu erwartenden Steuerausfälle dämpft bzw. je nach konkreter Ausgestaltung der Individualbesteuerung mittel- und langfristig kompensiert) und auch hinsichtlich der Sozialversicherungen. Damit durch diesen Systemwechsel nicht neue Ungerechtigkeiten entstehen, schauen wir uns derzeit die Individualbesteuerungsmodelle anderer Länder an. Wir wollen im Sinne von «best practices» die sinnvollste Umsetzung in der Schweiz.

Die FDP Frauen haben bisher noch keine Initiative lanciert. Wie gehen Sie vor, um die 100 000 Unterschriften zu kriegen? Wir führen verschiedene Gespräche mit Exponentinnen und Exponenten, welche bereits eine Volksinitiative lanciert haben. Wir sind dankbar dafür, dass wir so von vielen Erfahrungen profitieren können. Da unsere Initiative von den einzelnen Frauensektionen in den Kantonen getragen wird, können wir bereits parteiintern auf ein breites und sehr motiviertes Team zählen. Der Vorteil unserer Initiative ist weiter, dass sie einfach zu erklären ist und einem seit langem diskutierten Bedürfnis entspricht. So haben sich bereits nach der Ankündigung der Lancierung zahlreiche Privatpersonen und Organisationen gemeldet, welche sich für die Unterschriftensammlung zur Verfügung stellen. Wir sind zuversichtlich, mit dieser breiten Allianz die benötigte Anzahl Unterschriften innert nützlicher Frist sammeln zu können.

Was für Reaktionen haben Sie auf die Ankündigung am Herbstanlass erhalten? Es waren praktisch ausschliesslich positive Reaktionen. Die Reaktion am Anlass selbst war schlicht überwältigend und hat uns als Geschäftsleitung sehr in unserem Vorhaben bestärkt.

Arbeiten die FDP Frauen beim Sammeln der Unterschriften mit anderen Parteien und Organisationen zusammen? Momentan sind wir daran, eine breite Allianz aufzubauen, denn nur mit vereinten Kräften ist es möglich, eine Volksinitiative zum Fliegen zu bringen. Es laufen aktuell verschiedenste vielversprechende Gespräche.

Interview: Marco Wölfli



Eine Kampagne gegen die UVI

Unternehmer engagieren sich gegen die Initiative

Die Unternehmensverantwortungsinitiative ist ein Hochrisikoexperiment in Zeiten von Corona, das nicht zu verantworten ist. Sie schadet mit ihren radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne ihre hehren Ziele zu erreichen. Unterstützen Sie die FDP im Abstimmungskampf, und helfen Sie mit, dass die unvernünftige Initiative am 29. November klar abgelehnt wird!

Die Initianten greifen mit der Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) die Unternehmen in der Schweiz pauschal an. Sie polemisieren mit Einzelfällen und stellen die ganze Wirtschaft unter Generalverdacht. Bei genauerem Betrachten zeigt

sich nämlich: Die UVI trifft alle Unternehmen in der Schweiz. Die Haftungsbestimmungen der Initiative treffen nicht nur international tätige Konzerne, sondern auch unsere KMU – die 99,7 Prozent der Schweizer Unternehmen ausmachen.

Seit dem 19. Oktober hängen schweizweit fast 4000 FDP-Hohlkammerplakate.

Betroffenheit der KMU unbestreitbar

Die UVI will zwar auf die Bedürfnisse von KMU mit geringen Risiken Rücksicht nehmen. In Realität kann jedoch nicht jedes Unternehmen separat betrachtet werden. Wir leben in einer komplett vernetzten Wirtschaft. Oft arbeiten unsere KMU mit grösseren Unternehmen zusammen als deren Auftragnehmer oder Zulieferer. Weil die UVI die Kontrolle der gesamten Lieferkette vorsieht, werden die grösseren Unternehmen die gleichen Auflagen, die sie selbst einhalten müssen, an ihre Zulieferer weitergeben. Dazu sind sie durch die Initiative gezwungen. So werden unsere KMU trotzdem die für sie kaum zu bewältigende Sorgfaltsprüfung durchführen müssen. Schliesslich haften alle Schweizer Unternehmen für Vergehen von Handelspartnern an Menschenrechten oder Umweltstandards.

«Die Haftungsbestimmungen der Initiative treffen nicht nur international tätige Konzerne, sondern auch unsere KMU.»

Engagieren Sie sich jetzt für unsere Schweizer KMU!

Deshalb engagiert sich die FDP in ihrer Abstimmungskampagne gegen die Initiative, für einen Wirtschaftsstandort, dem in Zeiten von Corona nicht weitere Hürden auferlegt werden. Machen auch Sie sich für unsere Schweizer Unternehmen stark! Werden Sie auf unserer Webseite www.kmu-gegen-uvi.ch Mitglied unseres KMU-Komitees und lassen Sie ein Testimonial erstellen. Und bestellen Sie dort Hohlkammerplakate, mit der Sie Ihr Engagement nach aussen tragen. Gemeinsam haben wir eine Chance, den Vorsprung der Initianten aufzuholen und die schädliche UVI an der Urne scheitern zu lassen.

Anna Wartmann

Mehr zur Unternehmensverantwortungsinitiative im Interview mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf Seite 16.

(Bild: EJPD/Alessandro della Valle)



Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand – Initiative will extreme Lösung

Bundesrätin Karin Keller-Sutters Einsatz gegen die UVI

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) ab. Sie verfolgt zwar hehre Ziele, schadet aber mit radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne dabei ihrem eigentlichen Ziel zu nützen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Initiative.

Frau Keller-Sutter, die Initiative verfolgt hehre Ziele. Weshalb lehnen Bundesrat und Parlament die Initiative dennoch ab? Bundesrat und Parlament teilen das Ziel der Initiative, nämlich die Stärkung der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Aber die Initiative ist zu radikal. Sie verlangt unter anderem, dass Unternehmen künftig auch für ihre Tochtergesellschaften oder wirtschaftlich abhängigen Zulieferer im Ausland haften, auch wenn sie rechtlich eigenständig sind. Liberale wollen, dass Unternehmen Verantwortung tragen und das Prinzip des ehrbaren Kaufmanns achten. Dass man auch für

Schäden haften soll, die Dritte zu verantworten haben, geht aber eindeutig zu weit und ist nicht liberal. Zuständig für Klagen wären zudem Schweizer Gerichte, die nach Schweizer Recht einen Sachverhalt im Ausland beurteilen müssten.

Erreicht man mit dem Gegenvorschlag wirklich die gleichen Ziele? Ja, und das wirksam! Die Initiative will eine extreme Lösung. Der Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand. Auch der Bundesrat will Unternehmen künftig stärker in die Pflicht nehmen. Der Gegenvorschlag nimmt deshalb die be-

rechtigten Themen der Initiative auf und setzt beispielsweise bei der Kinderarbeit an. Das war mein persönliches Anliegen. Künftig müssen Unternehmen belegen, dass ihre ganze Lieferkette frei von Kinderarbeit ist. Bei der Kinderarbeit ist der Gegenvorschlag gleich streng wie die Initiative.

Es handelt sich aber nur um ein Gesetz, nicht um einen Verfassungsartikel. Stimmt. Und das ist auch von Vorteil. Wenn die radikale Initiative abgelehnt wird, kommt der indirekte Gegenvorschlag direkt zum Zug. Das schafft Rechtssicherheit für unsere Unternehmen und verhindert ein jahrelanges Tauziehen im Parlament. Zudem basiert der Gegenvorschlag auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden, vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie zudem eine Strafbestimmung. Es ist also ein ausgewogener und lösungsorientierter Gegenvorschlag.

«Eine lückenlose Prüfung der Lieferkette ist nicht umsetzbar.»

Könnte man bei einem Ja von einem Alleingang der Schweiz sprechen? Ja. Die Haftungsregel der Initiative bedeutet klar einen Schweizer Alleingang und benachteiligt unsere Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. Der Gegenvorschlag ist hingegen international abgestimmt und übernimmt die Bestimmungen, die in Europa auch gelten. Damit haben wir gleich lange Spiesse. Die Sorgfaltsprüfungspflichten der Initiative umfassen sämtliche Geschäftsbeziehungen eines Unternehmens. KMU beziehen oft Produkte aus vielen Ländern und von zahlreichen Lieferanten. Eine lückenlose Prüfung der gesamten Lieferkette ist nicht nur bürokratisch, sondern gar nicht umsetzbar.

Die Initianten beharren darauf, dass KMU von der Initiative ausgenommen sind. Die Gegner wollen das Gegenteil. Wer hat Recht? Der Initiativtext ist glasklar und spricht ausschliesslich von «Unternehmen». Konzerne werden nicht erwähnt. Wenn es den Initianten ausschliesslich um Konzerne gegangen wäre, hätten sie dies im Text so schreiben können. Oder sie hätten sagen können, dass z. B. nur Unternehmen mit 5000 Mitarbeitern betroffen sind, wie das Frankreich macht. Man muss sich auch bewusst sein, dass unsere Wirtschaft zu 98 Prozent aus KMU besteht und dass wir jeden zweiten Franken im Ausland verdienen. Es ist damit klar, dass auch zahlreiche KMU betroffen sein werden.

Wie viele KMU wären denn von der Initiative betroffen? Gemäss einer Studie von Sotomo sind etwa 80 000 Unternehmen betroffen, wovon wiederum 80 Prozent weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Diese Betriebe wären gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligt, was in diesen ohnehin unsicheren wirtschaftlichen Zeiten eine zusätzliche Belastung bedeutet.

Was halten Sie vom Engagement gewisser Kirchen in diese Kampagne? Es ist ihr Recht. Ich war aber immer der Meinung, dass sich die Kirchen zu übergeordneten Fragen und nicht zur Tagespolitik äussern sollten. Die Kirchen sollten auch nicht vergessen: Ihre Gläubigen haben unterschiedliche Ansichten. Im Familien- und Freundeskreis nehme ich wahr, dass sich einige durch dieses aktuelle Engagement ausgegrenzt fühlen.

Sind die Folgen der Initiative nicht vertretbar, im Hinblick darauf, dass damit die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards rund um die

Welt eingehalten werden? Es gibt keinen Grund, warum unsere Unternehmen strengere Standards einhalten sollten als ihre Konkurrenten im Aus-

land. Man muss auch das Risiko sehen, dass in Schwellen- oder Entwicklungsländern angesehene Schweizer Unternehmen sich zurückziehen und damit die Entwicklung und die Arbeit vor Ort nicht mehr möglich ist. Dann kommen Unternehmen aus Staaten, die weniger Wert legen auf den Schutz von Mensch und Umwelt.

Interview: Anna Wartmann



Justizministerin Karin Keller-Sutter vertritt das bundesrätliche Nein zur UVI.

(Bild: EJPD)

Delegierte stellen sich hinter das CO₂-Gesetz

Wegweisende Entscheide an digitaler DV

Knapp 300 Delegierte nahmen von extern an der DV teil und fassten die Parolen zum CO₂-Gesetz, zur UVI und zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste. Bundesrat Ignazio Cassis erläuterte den Stand des Rahmenabkommens.

Die letzte Delegiertenversammlung des Jahres fand in Luzern leider ohne physische Präsenz der Delegierten statt. Das Schutzkonzept stand bereit, und die Vorfreude auf den persönlichen Austausch war gross – denn davon lebt die Politik. Doch angesichts der stark steigenden Corona-Infektionen nahm die FDP ihre Verantwortung zur Eindämmung der Pandemie wahr und führte die DV via Zoom durch.

Schliesslich haben knapp 300 Delegierte online über drei Vorlagen diskutiert und die Parolen gefasst. Nach einer lebendigen Diskussion haben die Delegierten das CO₂-Gesetz klar unterstützt. Damit

stellt sich die FDP als erste Partei hinter die Vorlage, sollte es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Ein Nein an der Urne würde den Klimaschutz um Jahre blockieren. Mit ihrem Entscheid knüpfen die Delegierten an das Positionspapier vom Juni 2019 an. Damals hat die FDP ein Versprechen abgegeben: Es liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. «Ich bin sehr froh und stolz, dass die Delegierten das CO₂-Gesetz so klar mittragen. Dank der harten Arbeit der FDP ist es eine wirksame und gleichzeitig freisinnig geprägte Vorlage geworden», betonte Petra Gössi.

Klares Nein zur UVI

Die Delegierten haben auch über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) diskutiert, über die am 29. November 2020 abgestimmt wird. Bundesrätin Karin Keller-Sutter richtete sich in einer Videobotschaft an die Delegierten und überzeugte sie, diese gefährliche Initiative abzulehnen. Der Beschluss der Delegierten fiel mit 249 zu 9 bei 4 Enthaltungen sehr deutlich aus. Der Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur UVI automatisch in Kraft tritt, nimmt berechnete Anliegen der UVI auf und orientiert sich an strengen internationalen Standards.

Mit dem Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und von deren Anbietern geschaffen. Die Delegierten beschliessen mit 230 zu 16 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole.

Zur GSoA-Initiative hatte die Parteipräsidienkonferenz am Vorabend der DV bereits einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die gefährliche Initiative gibt vor, die Welt friedlicher zu machen, kann dieses Ziel aber nicht einlösen. Stattdessen gefährdet sie mit einer komplizierten und unsinnigen Regulierung die Vorsorgevermögen von allen Menschen in unserem Land. AHV und Pensionskassen müssten ihre Anlagen an komplexe und nicht mit vernünftigem Aufwand umsetzbare Vorgaben ausrichten.

Marco Wölfli



Eine Bühne in einem leeren Saal – die Delegierten haben gefehlt.

(Bilder: Désirée Dittes)



Gespanntes Warten auf die Resultate der Abstimmung über das CO₂-Gesetz.



Die Referentinnen und Referenten waren bereit für ihre Auftritte.



Parteipräsidentin Petra Gössi bedauerte die Absage der physischen DV.



Der Luzerner Ständerat Damian Müller warb für das neue CO₂-Gesetz.



Die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher diskutierte über das CO₂-Gesetz.



Fraktionspräsident Beat Walti und die Genfer Nationalrätin Simone de Montmolin bei der Diskussion über die UVI.



Bundesrat Ignazio Cassis informierte via Liveschaltung über den Stand des Rahmenabkommens.



Wintersession unter ungewissen Vorzeichen

Covid-19, Altersvorsorge und Budget

Inmitten der zweiten Welle der Corona-Infektionen findet die Vorbereitung der Wintersession unter ungewissen Vorzeichen statt. Trotzdem ist für die FDP klar, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten wird, um die Beschlussfassung zu den Corona-Massnahmen und weiteren Geschäften fortführen zu können.

Wie alle bisherigen Sessionen im Jahr 2020 wird auch die Wintersession durch Corona geprägt sein, und die Räte werden unter strengen Sicherheitsmassnahmen tagen. Trotzdem sind die Vorzeichen insofern ungewisser, da die Ansteckungszahlen mit Corona-Infektionen leider erneut stark steigen. Die Durchführung könnte darum je nach Anzahl der Abwesenheiten von Ratsmitgliedern in Frage

gestellt werden. Trotzdem ist die FDP-Liberale Fraktion weiterhin klar der Meinung, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten werden muss. Denn die in der Wintersession vorgesehenen Geschäfte haben es in sich und sind zentral für das kurz- und langfristige Funktionieren unserer Institutionen, Gesellschaft und Wirtschaft.

Covid-19: Solidarbürgschaften

Als Folge der Corona-Krise wurden bereits mehrere Vorlagen zur Unterstützung der Bevölkerung und Wirtschaft beraten sowie das in der Herbstsession verabschiedete Covid-Gesetz. Auch in der Wintersession wird sich das Parlament erneut mit Corona-bezogenen Geschäften befassen. Unter anderem wird das Solidarbürgschaftsgesetz beraten, das bereits in der Sondersession durch den Nationalrat behandelt wurde. Dabei sollen die Rückzahlungsmodalitäten und Verzinsungen gesetzlich festgehalten werden, wobei die FDP hier möglichst gute Voraussetzungen schaffen will, damit die Kredite zurückgezahlt werden können.

Covid-19: Geschäftsmieten

Die FDP wehrte sich bereits an der Sondersession im Oktober geschlossen gegen ein Eintreten auf das Covid-19-Geschäftsmietegesetz. Sie unterlag in der grossen Kammer aber hauchdünn, wodurch nun an der Wintersession die Detailberatung stattfinden wird. Die FDP wird sich weiterhin gegen diese untaugliche Pauschallösung einsetzen, da diese mehr neue Ungerechtigkeiten schafft als sie Lösungen für die unterschiedlichsten gelagerten einzelnen Mietverhältnisse bringt und zusätzlich ungerechtfertigterweise in die Eigentumsrechte und Wirtschaftsfreiheit eingreift. In den vergangenen Monaten konnten sich zudem sehr viele Mieter und Vermieter auf gemeinsame Lösungen einigen.

Vorsorge

Nach der kurzfristig verschobenen Beratung der AHV 21 in der Herbstsession steht der Erstberatung im Ständerat nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichte macht.

Budget

Wie üblich in der Wintersession wird das Budget für das nächste Jahr verabschiedet und wird dabei beide Räte mit der Differenzbereinigung während der drei Sessionswochen auf Trab halten. Unter den speziellen Voraussetzungen der Corona-Schulden ist der finanzpolitische Ausblick schwierig. Es ist unter diesen Umständen umso wichtiger, dass über das reguläre Budget hinaus keine neuen Mehraufwände definiert werden und die Schuldenbremse eingehalten werden kann.

Beat Walti, Nationalrat ZH, Fraktionspräsident



Zu früh für ein definitives Urteil

Gastbeitrag von Petra Gössi in der «SonntagsZeitung» vom 11. Oktober

Beim Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sind wichtige Fragen offen. Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht, für Klärung zu sorgen. Erst danach ist ein definitives Urteil möglich.

Am 27. September haben sich die Schweizerinnen und Schweizer klar für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen – den umstrittensten Teil der bilateralen Verträge. Dieser Entscheid hat mich sehr gefreut. Er hat bestätigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer den pragmatischen Weg zwischen Abschottung und EU-Beitritt weitergehen wollen. Ein Weg, der unserem Land Arbeitsplätze und Wohlstand gebracht hat.

Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht

Nun fokussiert sich die Diskussion richtigerweise auf das Rahmenabkommen. Wir haben bei der bundesrätlichen Konsultation Anfang 2019 die Klärung der offenen Punkte bei der Unionsbürgerrichtlinie, den flankierenden Massnahmen und der Guillotineklausel gefordert. Diese Position hat sich seither nicht verändert.

Wir erwarten nun, dass die Gespräche mit der EU aufgenommen werden. In der Pflicht stehen der Gesamtbundesrat und namentlich auch die Bundes-

präsidentin. Die Regierung hat letztes Jahr der EU in einem Brief Klärungsbedarf angekündigt – jetzt muss sie nachfassen. Danach werden wir sehen, ob all diejenigen Verbesserungen und Präzisierungen erreicht werden konnten, welche nun im Raum stehen und die für eine Akzeptanz des Rahmenabkommens wesentlich sind.

Gelingt es dem Bundesrat, die offenen Punkte zufriedenstellend zu klären, entschärft sich auch die Souveränitätsfrage. Dies zum Beispiel mit einer belastbaren Zusage, dass die Schweiz die Unionsbürgerrichtlinie nicht integral übernehmen muss und wir die flankierenden Massnahmen ohne dynamische Anpassungen beibehalten können.

Das Rahmenabkommen nicht vorschnell totsagen

Ich finde es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, das Rahmenabkommen definitiv totzusagen. Ja, es sind noch diverse Fragen offen, so auch bei den flankierenden Massnahmen. Doch die Gewerkschaften

blockieren mit ihrer Fixierung auf die acht Tage Kontrollfrist das gesamte Dossier. In ihrem doktrinären Eifer übersehen sie, dass das Abkommen zum ersten Mal überhaupt die flankierenden Massnahmen verbietet. Die acht Tage – eine Regelung aus den frühen Nullerjahren – lassen sich dank neuen digitalen Kommunikationsmitteln verkürzen, ohne die Wirkung abzuschwächen. Die klare Ablehnung der Begrenzungsinitiative durch die Schweizer Bevölkerung stärkt dem Bundesrat den Rücken für die Gespräche mit der EU. Die Parteien wie auch die Sozialpartner hingegen sind in der momentanen Phase Zuschauer. Ihr Stimmengewirr und die teilweise fundamentale Opposition schwächen den Bundesrat nur.

Wenn andere Bundesratsparteien und die Sozialpartner das Rahmenabkommen jetzt schon beerdigen wollen, ist das ihre Verantwortung. Die FDP hingegen steht für eine konstruktive Politik. Wir warten auf das Resultat der Gespräche und analysieren es dann eingehend. Und letztlich ist sowieso klar: Am Ende entscheiden wieder die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne.

**Petra Gössi, Nationalrätin,
Präsidentin der FDP. Die Liberalen**



Fernziel Elternzeit

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Abstimmung zur Einführung des Vaterschaftsurlaubes bot die Gelegenheit, das Bedürfnis von Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu thematisieren. Eine zeitgemässere Lösung, welche die Rollenbilder nicht zementieren würde, bietet aber nur eine Elternzeit.

So kurz der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub sein mag, es war an der Zeit, dass die Schweiz einen gesetzlich geregelten Urlaub eingeführt hat. Meines Erachtens ist das Ziel noch nicht erreicht. Doch der Etappensieg ist ein Kompromiss, der besser ist als nichts. Trotz der Corona-bedingt wirtschaftlich düsteren Lage ist die Vorlage mit 60 Prozent angenommen worden. Die Stimmbürgerinnen und -bürger setzten ein Zeichen, für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dennoch hinkt die Schweiz im internationalen Vergleich hinterher. Mit der Annahme ist ein Grundstein für weitere Schritte gelegt worden, denn bis das Anliegen der Elternzeit durchkommt,

können Jahre vergehen. Eine Ablehnung der Initiative hätte dies blockiert.

Regionale Unterschiede

Das Abstimmungsergebnis hat gezeigt, dass die ländliche Deutschschweiz und die Ostschweiz gegen einen Vaterschaftsurlaub gestimmt haben, während es in der Westschweiz und im Tessin grosse Zustimmung gab. Sind die ländlichen Regionen tatsächlich konservativer gestimmt, oder sind die Gründe für die Ablehnung womöglich andere? Die Gründe sind vielfältig: mangelnde oder kaum bezahlbare Angebote für externe Kinderbetreuung oder fehlende Möglichkeiten für Teilzeitarbeit,

ohne dass dies einen Karriererückschritt bedeuten würde, können ausschlaggebend gewesen sein. Ein föderaler Ansatz – wie es bei der Mutterschaftsversicherung der Fall war – könnte der Elternzeit in die Karten spielen. So wie jede Firma eine eigene Elternzeit bestimmen kann, sollte dies auch im Rahmen der Bundesregelung in jedem Kanton möglich sein. Die Zuständigkeit der Elternzeit zwischen Bund und Kanton müsste jedoch neu ausgehandelt werden, da nach der heutigen Regelung die Einführung eines Elternurlaubs in die bundesrechtliche Zuständigkeit fällt und kantonale Regelungen deshalb unzulässig sind.

Liberales Familienbild

Die Diskussionen und Forderungen um eine Elternzeit sind nach dieser Abstimmung lanciert. Unter den Befürwortern herrscht aber Uneinigkeit bei der Frage nach dem Modell: Wie viele Wochen soll die Elternzeit umfassen? Wie viel davon sollen frei aufgeteilt werden? Bereits vor zwei Jahren hat die FDP einen 16-wöchigen Elternurlaub gefordert, der aber vom Parlament abgelehnt wurde. Die



Muriel Frei

ersten acht Wochen wären für die Mutter reserviert gewesen, und acht weitere Wochen hätten frei unter den Eltern aufgeteilt werden können. Der 16-wöchige Elternurlaub wäre im Vergleich zu den nun geltenden 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub deswegen zeitgemässer gewesen, da dieser flexible Lösungen ermöglicht hätte, anstatt alte Rollenmodelle zu zementieren. Dazu meint FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher: «Die Rollenverteilung in einer Familie wird früh bestimmt.» Letztlich würden von der Elternzeit nicht nur Eltern und Kind profitieren, sondern auch die Erwerbsquote der Frau stiege an.

**Muriel Frei, Gemeinderätin Teufen (AR),
Master-Mentee und Vorstandsmitglied JFAR**

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Unternehmensverantwortungsinitiative



NEIN

Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

AGENDA

6. Februar 2021

Delegiertenversammlung in Martigny

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021

Sternenwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Masken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen.

Liberales Forum Meilen

Gespräche über die Zukunft des Liberalismus

Save the date: 16. Januar 2021

Teilnahme beschränkt
Übertragung des Anlasses
per Livestream

www.liberalesforummeilen.ch



Dr. Christian Rathgeb
Regierungsrat
Präsident KDK



Michael Theurer
MdB, Stellvertreter
der Vorsitzender FDP-
Bundestagsfraktion



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin
Präsidentin FDP
Frauen Schweiz



Kaspar Villiger
alt Bundesrat



Prof. Dr. Reiner Eichenberger
Lehrstuhl für Theorie
der Finanz- und Wirtschaftspolitik
Uni FR

AHV schwächen?



Am 29. November

NEIN

FDP

Die Liberalen

GSoA-Initiative